

Beiträge der Mandatsträger*innen an den Bundesverband



Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
26. - 27. Januar 2018, Hannover

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 27.01.2018
Tagesordnungspunkt: H Haushalt

- 1 Die Bundespartei macht von ihrem durch das Parteiengesetz formulierten und in der
- 2 Bundessatzung hinterlegten Recht Gebrauch, Mandatsträger*innen-Beiträge von ihren
- 3 Mandatsträger*innen und Inhaber*innen von Regierungsämtern auf Bundes- und Europaebene
- 4 zu
- 5 erheben.
- 6
- 7 1. Mandatsträger*innen-Beiträge werden von den Abgeordneten des Deutschen
- 8 Bundestages und
- 9 des Europaparlaments, von Mitgliedern der Regierung der Bundesrepublik
- 10 Deutschland und
- 11 EU-Kommissar*innen, von Parlamentarischen Staatssekretär*innen und
- 12 Staatssekretär*innen sowie Präsident*innen und Vizepräsident*innen des
- 13 Deutschen
- 14 Bundestages bzw. des EU-Parlamentes erhoben.
- 15
- 16 2. Bemessungsgrundlage für die Ermittlung der Mandatsträger*innen-Beiträge sind die
- 17
- 18 jeweiligen Diäten, die Abgeordnetenentschädigungen bzw. Besoldungsbeträge.
- 19
- 20 3. Die Höhe des Mandatsträger*innen-Beitrages beträgt grundsätzlich 19% der
- 21 Bemessungsgrundlage.
- 22
- 23 4. Je kindergeld-berechtigt dem Kind können 250,00 € pro Monate in Abzug gebracht
- 24 werden.
- 25
- 26 5. Unterhaltsverpflichtungen bzw. tatsächliche Unterhaltsleistungen können ebenfalls
- 27 abgezogen werden. Darüber entscheidet bei Bundestags-abgeordneten der/die
- 28 Bundesschatzmeister*in mit einem Mitglied des geschäftsführenden
- Fraktionsvorstandes,
- bei Europaabgeordneten der/die Bundesschatzmeister*in mit einer/m Vertreter*in
- der
- Europagruppe DIE GRÜNEN. Für andere Beitragsverpflichtete gilt diese
- Zuständigkeitsregelung entsprechend.
6. Ist eine beitragspflichtige Person gleichzeitig Mitglied des Bundesvorstandes von
- BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, bezieht sie nach der Finanzordnung des
- Bundesvorstandes keine
- Vergütung von der Partei. Als Ausgleich für die Doppelbelastung werden in diesen
- Fällen keine Mandatsträger*innen-Beiträge erhoben.
7. Die endgültige Höhe der abzuführenden Beiträge ergibt sich nach Berücksichtigung
- der
- Regelungen der Absätze 3) bis 6).
8. Die Erhebung der Beträge nach Absatz 7) erfolgt grundsätzlich durch die
- Bundespartei.
- Davon ausgenommen sind die Beiträge der Mitglieder des Deutschen Bundestages
- (MdB).

- 29 Diese werden von den jeweiligen Landes-verbänden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
erhoben.
- 30 9. Von den Beiträgen der MdB nach Absatz 7), die an die Landesverbände abgeführt
werden,
31 erhält die Bundespartei 73 % pro MdB und Monat. Dies gilt nur für MdBs ohne
32 Regierungsamt.